

Betreff:

Kommunalwahlen am 13. September 2026

Antragstellende:

Wahlstab und Kreissprecher*innenrat des KV Göttingen/Osterode

Antrag:

Die Kreismitgliederversammlung möge den folgenden Text als Wahlprogramm des Kreisverbandes für die Wahlen zum Kreistag Göttingen/Osterode und für alle weiteren Wahlantritte bei Stadträten/Samtgemeinderäten/Gemeinderäten/Ortsräten im Landkreis Göttingen/Osterode (außer Stadtrat/Ortsräte Stadt Göttingen) beschließen.

Weil es um unser Zuhause geht.

Radikal sozial.

Klar ökologisch.

Konsequent antifaschistisch.

Programm der Partei Die Linke
für den Landkreis Göttingen/Osterode

Unsere Vision: Eine Stadt, in der wir gut und gerne leben	4
1. Wohnen: Eine Stadt für die Mieter*innen – nicht für Investoren	7
2. Menschen und Umwelt vor der Erderhitzung schützen: Sozial-ökologische Wende für Göttingen	10
3. Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik	12
4. Für gute Arbeit, höhere Löhne und die Stärkung kommunaler Betriebe	14
5. Finanzen und Wirtschaft mit Zukunft: Für eine Stadt, die investiert	16
6. Sozialen Antifaschismus stärken	19
7. Für eine solidarische Gesundheitsversorgung	20
8. Gute, zuverlässige und bezahlbare Kinderbetreuung	22
9. Für eine gute Bildung für alle – von Beginn an	24
10. Jugend ernst nehmen und Räume schaffen	27
11. Sportvereine stärken	29
12. Für eine demokratische Kulturförderung	31
13. Feministische Stadtplanung	33
14. Abschiebungen verhindern, Ankommen und Teilhabe fördern	35
15. Inklusive Stadt	37
Wem gehört die Stadt? Für eine Stadt(entwicklung) mit und für die Bürger*innen	38

1 Unsere Vision: Ein Landkreis, in dem wir gut und gerne 2 leben.

3

4 Viele von uns haben einen fordernden Alltag. Ob als Pflegekraft,
5 Busfahrerin, Verkäuferin oder Angestellter in der Verwaltung:
6 Mit unserer Arbeit halten wir das Land am Laufen. Neben dem
7 Job kümmern wir uns um andere, unterstützen uns gegenseitig,
8 versuchen berufliche und familiäre Verpflichtungen unter ei-
9 nen Hut zu bekommen. Wir geben jeden Tag unser Bestes, da-
10 mit unsere Liebsten gut leben können.

11 Viele engagieren sich noch zusätzlich ehrenamtlich dafür, dass
12 es anderen besser geht – ob als Feuerwehrmann, Betriebs- oder
13 Personalrat, Trainerin im Sportverein, in einer Klimainitiative
14 oder unterstützend für Menschen, die bei uns Schutz suchen.
15 Zusammenhalt macht stark. Eigentlich.

16 Denn zugleich stehlen sich Verwaltung und Politik aus der Ver-
17 antwortung. Politische Entscheidungen erschweren unser Le-
18 ben und stellen gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe.
19 Wenn Menschen keine bezahlbare Wohnung mehr finden, in
20 ihrem Job für einen schlechten Lohn ausgebeutet werden,
21 wenn Kindern Chancen verbaut statt eröffnet werden, wenn
22 man ein halbes Jahr auf einen Arzttermin warten muss, wenn
23 Busse wegen Personalmangels nicht fahren können und man in
24 jeder Hinsicht abgehängt wird – dann entsteht zu recht Frust.
25 Auf diese Unzufriedenheit setzen rechte Parteien, die mit Sün-
26 denbock-Politik und Hetze unsere Gesellschaft spalten.

27 Wir kämpfen gegen Hetze und Spaltung, aber auch gegen die
28 Ursachen von berechtigter Enttäuschung. Wir setzen uns des-
29 wegen für einen Landkreis ein, der für die Menschen sorgt. Für
30 Orte, an denen nicht ein paar wenige ihre Zäune immer höher
31 ziehen, während immer mehr sich das Leben nicht mehr leisten
32 können — sondern Städte und Gemeinden, in denen starke

33 Schultern mehr tragen. Wir brauchen eine radikal andere Poli-
34 tik, die in Infrastruktur und somit in die Zukunft investiert, statt
35 bei denen zu sparen, deren Leben sich ohnehin schon wie ein
36 Hamsterrad anfühlt.

37

38 **Wir wollen eine Stadt, in der alle gut und sicher, frei und ge-**
39 **sund leben können:**

40 • weil Wohnen, Kitas und der Nahverkehr bezahlbar sind und
41 sich niemand darüber Sorgen machen muss;

42 • weil alle ein Zuhause und eine Heimat finden können – unab-
43 hängig von Herkunft oder Pass;

44 • weil es genügend Ärztinnen, Ärzte und Krankenhäuser gibt,
45 um gut behandelt zu werden;

46 • weil die Ganztagsbetreuung an Schulen gesichert ist, damit
47 Eltern arbeiten und Kinder gut lernen können;

48 • weil alle Kinder in Kitas und Schulen ein kostenfreies Mittag-
49 essen erhalten und Familien finanziell entlastet werden;

50 • weil es Kulturzentren, Theater und Freiräume gibt, in denen
51 wir uns begegnen und eine gute Zeit haben können;

52 • und weil wir konsequent gegen die Erderhitzung kämpfen und
53 uns für eine gesunde Umwelt für alle einsetzen.

54

55 Die nächsten fünf Jahre werden entscheidend sein: Wir wollen
56 gemeinsam mit euch ein am Gemeinwohl orientiertes und für
57 alle bezahlbares Zuhause schaffen, eine sozial faire Klimapolitik
58 und einen engagierten Kampf gegen den Faschismus machen.
59 Das alles gehört zusammen.

60

61 **Deshalb treten wir als Die Linke bei den Kommunalwahlen an.**

62 Wir wollen Verbündete für alle sein, die sich mehr soziale Ge-
63 rechtigkeit wünschen und eine Verwaltung sowie politische

64 Vertreter*innen, die zuhören und das umsetzen, was sie ver-
65 sprechen. Viele andere Parteien haben die Menschen politisch
66 verlassen oder vergessen. Ihre Entscheidungen zulasten der
67 Bürgerinnen und Bürger verkaufen sie als alternativlos, dabei
68 sind unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen sehr wohl Ergeb-
69 nis politischen Willens und Handelns – und damit auch verän-
70 derbar.

71

72 **Wir als Linke machen anders Politik.** Wir sind vor Ort. Wir bie-
73 ten zum Beispiel eine kostenlose Nebenkosten- und Mieten-In-
74 fosprechstunde an und unterstützen konkret im Alltag. Wir
75 stärken denen den Rücken, die sich gegen Missstände zur Wehr
76 setzen.

77 Für unser Wahlprogramm haben wir zwischen November 2025
78 und April 2026 viele Bürger*innen gefragt, welche Sorgen sie
79 umtreiben und was sich dringend ändern muss. Wir haben
80 Haustürgespräche geführt, soziale Einrichtungen und Beleg-
81 schaftsvertreter*innen aufgesucht und einen kommunalpoliti-
82 schen Ratschlag organisiert, bei dem Menschen zu Wort kamen,
83 die sich für eine sozialere, gerechtere und ökologischere Welt
84 engagieren. **Dieses Programm** ist für alle, die uns von ihren Sor-
85 gen, Hoffnungen und kleinen Träumen erzählt haben. Es **ent-**
86 **hält die wichtigsten Projekte und Forderungen, auf die wir uns**
87 **in den nächsten fünf Jahren konzentrieren wollen.**

88

89 1. Wohnen: Politik für die Mieter*innen – nicht für In- 90 vestoren

91

92 Nirgendwo verbringt man so viel Zeit wie in den eigenen vier
93 Wänden. Wir wollen daher nicht nur eine bezahlbare, sondern
94 auch lebenswerte Wohnung haben. Lange Zeit galt der Grund-
95 satz, dass man nicht mehr als ein Drittel seines Einkommens für
96 Miete ausgeben sollte. Davon sind wir weit entfernt.

97 Göttingen gehört zu den Städten mit den höchsten Mietsteige-
98 rungen und das wirkt sich auch auf den Landkreis aus. Seit 2012
99 sind die Mieten um mehr als 75 Prozent erhöht worden. Fami-

100 lien, Studierende, Rentner*innen und andere einkommens-
101 schwache Haushalte finden keinen bezahlbaren Wohnraum
102 mehr. Für Sozialwohnungen oder Genossenschaftswohnungen
103 gibt es jahrelange Wartezeiten. Kein Wunder: Der Bestand an
104 Sozialwohnungen wurde immer mehr verringert.

105 Die anderen Parteien setzen dabei auf Symbolpolitik und Pro-
106 fite für Investoren und Immobilienkonzerne. Mit dem Ergebnis,
107 dass Bürger*innen abgedrängt werden und immer weitere
108 Wege auf sich nehmen müssen.

109 Wir wollen, dass für alle bezahlbarer, guter Wohnraum zur Ver-
110 fügung steht – ohne Spekulation, jenseits der Profitlogik. Boden
111 ist keine Ware, sondern Grundlage für ein solidarisches Zusam-
112 menleben. Sozialwohnungen müssen verdoppelt, Mieten gede-
113 ckelt werden, und Verwaltung ihr Steuerungsrecht wahrneh-
114 men. Wohnen ist Daseinsvorsorge, keine Kapitalanlage. Dafür
115 braucht es einen radikalen Kurswechsel.

116

117 Unsere Vorhaben und Forderungen sind:

- 118 • Wohnungen zurückkaufen und Rekommunalisie-

- 119 rung fördern, damit Wohnungen in kommunale Be-
 120 stände übergehen.
- 121 • Wir wollen das Vorkaufsrecht systematisch nutzen
 122 und Privatisierungen stoppen.
 - 123 • Wir wollen Boden dem Markt entziehen, keine Flä-
 124 chen mehr verkaufen, sondern in den Händen der
 125 Kommune halten und nur noch über Erbbaurecht 99
 126 Jahre vergeben, verbunden mit strengen Auflagen
 127 (Sozialbindung, Klimastandards); ein Bodenfonds
 128 soll perspektivisch Flächen zurück in kommunale
 129 Hand bringen.
 - 130 • Wir wollen Mietwucher stoppen, indem wir bspw. In
 131 Göttingen einen qualifizierten Mietspiegel einfüh-
 132 ren, auf dessen Grundlage gegen unbegründete
 133 Mieterhöhungen vorgegangen werden kann.
 - 134 • Dazu braucht es Melde- und Beschwerdestellen ge-
 135 gen Mietwucher und ausreichend Personal, das ge-
 136 gen Missstände vorgehen kann.
 - 137 • Gegen Leerstand wollen wir proaktiv vorgehen, z.B.
 138 indem wir die Grundsteuer C gegen spekulativen
 139 Leerstand einführen und die Zweckentfremdungs-
 140 satzung verlängern. Die Verwaltung soll proaktiv
 141 Leerstand aufspüren.
 - 142 • Wir setzen uns für eine dauerhafte Sozialbindung
 143 von Wohnungen ein sowie für eine Quote von 50
 144 Prozent Sozialwohnungen bei Neubauten.
 - 145 • Wir wollen gemeinnützige Initiativen von Menschen
 146 unterstützen, die Häuser für soziale Wohnprojekte
 147 kaufen wollen.
 - 148 • Wir wollen Housing-first-Projekte gegen zuneh-
 149 mende Wohnungslosigkeit unterstützen, insbeson-
 150 dere für wohnungslose FLINTA.

- 151 • Wir setzen uns für energetische Sanierung im kom-
152 munalen und genossenschaftlichen Wohnungsbe-
153 stand ein.

154

155 Wir kämpfen für Städte und Gemeinden, in denen Wohnen be-
156 zahlbar und Heizen bezahlbar ist, Boden gemeinwohlorientiert
157 genutzt wird und alle ein Zuhause finden.

158 2. Menschen und Umwelt vor Erderhitzung schützen: 159 Sozial-ökologische Wende für Göttingen 160

161 Wir alle wollen an Orten leben, die keine Betonwüsten, son-
162 dern von einer gesunden Umwelt geprägt sind. Wir wollen saue-
163 bere Luft und Orte zum Abschalten. Wir wollen die Jahreszeiten
164 genießen und uns vor extremer Hitze schützen. Wir wollen unse-
165 rere Umwelt für unsere Kinder und Enkel erhalten.

166 Trotz ambitionierter Ziele wie Klimaneutralität leidet die Um-
167 weltpolitik unter mangelnder Umsetzung. Klimaziele bleiben
168 bloße Absichtserklärungen, da verbindliche CO₂-Budgets und
169 Klimafolgenabschätzungen für Projekte fehlen. Die Verantwor-
170 tung ist zwischen Fachbereichen zersplittert, während Autover-
171 kehr weiterhin dominiert und notwendig ist – denn der ÖPNV
172 ist unattraktiv, weil schlecht ausgebaut, teuer und sozial selek-
173 tiv, was einkommensschwache Haushalte besonders belastet.
174 Klimaschutzmaßnahmen wie energetische Sanierung führen oft
175 zu Verdrängung oder belasten Bewohner*innen, statt soziale
176 Gerechtigkeit zu stärken. Grünflächen stehen unter Nutzungs-
177 druck, und Klimaanpassung wird getrennt von sozialer Stadt-
178 entwicklung gedacht. Statt in Infrastruktur zu investieren, setzt
179 die Verwaltung auf Sparpolitik, was langfristige ökologische, so-
180 ziale und finanzielle Probleme verschärft. Transparenz und öf-
181 fentliche Kontrolle fehlen.

182
183 Wir müssen alles uns Mögliche tun, um die Klimakrise zu be-
184 kämpfen und uns vor den Folgen der Erderhitzung zu schützen.
185 Dabei müssen alle mitgenommen werden und ein nachhaltiges,
186 Klima schützendes Leben muss bezahlbar sein. Darum setzen
187 wir uns für eine sozial faire Klimapolitik ein, die nicht auf Kosten
188 von Armutsbetroffenen, Geringverdiener*innen, Arbeiter*in-
189 nen und Rentner*innen geht.

190 Wir wollen eintreten für:

191

192 • ein verbindliches kommunales CO₂-Budget, dessen Ein-
193 haltung bei allen Beschlüssen geprüft werden muss;

194 • Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe mit klarer
195 Zuständigkeit und jährlichen öffentlichen Klimaberich-
196 ten mit Soll-Ist-Vergleichen;

197 • die Beendigung von Flächenversiegelung bzw. Entsiege-
198 lung von Böden und prioritäre Begrünung in dicht be-
199 bauten Quartieren;

200 • mehr öffentliche grüne Plätze mit Bäumen, Bänken und
201 Spielgeräten;

202 • kostenfreie Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum;

203 • schattige Aufenthaltsorte, verbindliche Baumschutzsat-
204 zungen und sozial-ökologisch gestaltete Hitzeschutz-
205 pläne;

206 • den flächendeckenden Ausbau von Photovoltaik auf
207 kommunalen Dächern;

208 • die Nutzung von Abwärme für Nahwärme und den
209 Schutz vor Stromsperren;

210 • kommunale Programme gegen Energiearmut sowie die
211 Stärkung der Stadtwerke als sozial-ökologische Akteure;

212 • die konsequente Umsetzung demokratisch beschlosse-
213 ner Bürgerentscheide; transparente Priorisierung und
214 regelmäßige Quartiersforen.

215

216 3. Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik

217

218 Wir alle müssen jeden Tag Wege zurücklegen: zur Arbeit, zum
219 Einkaufen, zur Schule unserer Kinder oder zum Sportverein,
220 zum Arzt oder um Angehörige zu besuchen.

221 Das Verkehrsangebot in der Region ist daher für alle Menschen
222 wichtig. Hierzu gehört ein gut ausgebauter Nahverkehr, der be-
223 zahlbar für alle ist, einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz
224 leistet und den Beschäftigten gute Löhne und Arbeitsbedingun-
225 gen bietet.

226 Soziale und ökologische Verkehrspolitik muss sich an den Be-
227 dürfnissen von Fußgänger*innen und Radfahrenden orientie-
228 ren und die Grundlagen schaffen, das Auto möglichst oft ste-
229 henlassen zu können. Denn weniger Autoverkehr ist gut für die
230 Verkehrssicherheit, für die Gesundheit der Menschen und für
231 den Schutz vor der Erderhitzung. Das ist aber nur realistisch,
232 wenn beispielsweise die Busse öfter und zuverlässig fahren, das
233 Umland gut angebunden ist.

234

235 Wir werden uns dafür einsetzen:

- 236 • dass der ÖPNV nicht weiter kaputtgespart, sondern aus-
237 gebaut wird;
- 238 • dass die Linienplanung und Fahrzeiten an die echten Be-
239 darfe der Bürger*innen angepasst werden bspw. an die
240 Schichtdienstzeiten des UMG und es zu Stoßzeiten zu ei-
241 ner Taktverdichtung kommt;
- 242 • dass die eingemeindeten Dörfer und der Landkreis bes-
243 ser und zuverlässig an den ÖPNV angebunden werden;
- 244 • dass ein Park+Ride-System eingeführt wird, damit Pend-
245 ler*innen ihr Auto an Stadtgrenzen stehen lassen kön-
246 nen und die Städte autofreier werden, mit Ausnahmen

- 247 für öffentlichen Nahverkehr, Lieferverkehr und Men-
248 schen mit Beeinträchtigungen;
- 249 • dass Tempo-30-Zonen und Verkehrsberuhigung in
250 Wohnquartieren eingeführt werden;
 - 251 • dass Busfahrer*innen besser bezahlt werden und bes-
252 sere Arbeitsbedingungen bekommen;
 - 253 • dass Busfahren für die Bürger*innen kostenlos wird und
254 im ersten Schritt die Ticketpreise deutlich günstiger
255 werden;
 - 256 • dass Fahrradinfrastruktur ausgebaut wird: mehr Fahr-
257 radparkhäuser, überdachte und sichere Abstellmöglich-
258 keiten bspw. an Nahverkehr-Haltestellen;
 - 259 • dass Schul- und Alltagswege sicher gemacht werden:
260 Vorrang für Fuß- und Radverkehr an Kreuzungen, mehr
261 Zebrastreifen, sichere Querungen an Hauptstraßen;
 - 262 • dass Einwohner*innen an der Umgestaltung von Stra-
263 ßen und Plätzen beteiligt werden.
- 264
265

266 4. Für gute Arbeit, höhere Löhne und die Stärkung 267 kommunaler Betriebe

268

269 Als Arbeitende wollen wir gute Arbeitsbedingungen und hö-
270 here Löhne. Dies gilt auch für diejenigen, die für die Städte
271 und Gemeinden arbeiten. Hierzu brauchen wir starke kommu-
272 nale Betriebe, die eine Vorreiterrolle für gute und sichere Ar-
273beitsbedingungen übernehmen müssen – seien es städtische
274 Kitas, regionale Verkehrsbetriebe, Werkstätten für Menschen
275 mit Behinderungen oder Verwaltungen.

276 Möglichkeiten für gute Löhne, Arbeitsbedingungen und Perso-
277 nalplanung werden jedoch nicht genutzt. Stattdessen wird an
278 Personal gespart und teils auf prekäre Verträge gesetzt – wo-
279 mit man den Beschäftigten eine hohe Arbeitszeitverdichtung
280 zumutet, was zu Überlastung und krankheitsbedingten Ausfäl-
281 len führt.

282

283 Wir werden daher:

284 • für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand eintre-
285 ten. Energie, Wasser und Abfallentsorgung sind Grund-
286 rechte, die nicht auf Kosten der Angestellten sowie der
287 Bevölkerung privatisiert, ausgelagert und einer Ge-
288 winnmaximierung unterworfen werden dürfen.

289 • Ausgliederungen, Leiharbeit oder prekäre Beschäfti-
290 gung in kommunaler Verantwortung unterbinden;

291 • darauf drängen, dass die Tarifbindung in allen kommu-
292 nalen Betrieben sicher und konsequent angewendet
293 wird;

294 • Tariftreue und gute Arbeitsbedingungen bei der
295 Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen einfor-
296 dern;

- 297
- 298
- 299
- 300
- 301
- 302
- 303
- 304
- 305
- 306
- 307
- 308
- 309
- eine Entlastung der Beschäftigten in kommunalen Betrieben und der Verwaltungen anstreben, indem wir mehr Personal einstellen und der derzeit stattfindenden Arbeitsverdichtung entgegenwirken;
 - für die Stärkung von Personal- und Betriebsräten und gewerkschaftliche Mitbestimmung eintreten, u.a. durch ein Betriebsräte- und Gewerkschaftsforum der Stadt, bei dem diese sich einmal im Jahr mit Belegschaftsvertreter*innen dazu berät, was besser werden muss;
 - an der Seite von Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne kämpfen.

310 5. Finanzen und Wirtschaft mit Zukunft: 311 Für Kommunen, die investieren

312

313 Wir alle wollen uns auf die Infrastruktur der Kommunen verlas-
314 sen können – egal ob Straße, Schule, Bus oder Gesundheitsver-
315 sorgung. Finanz- und Wirtschaftspolitik muss sozial, gemein-
316 nützig und nachhaltig sein.

317 Die Sparpolitik der anderen Parteien führt nicht nur zu einer
318 zerfallenden Infrastruktur, und somit auch zu drohender Ab-
319 wanderung von Unternehmen und Arbeitskräften. Sie lässt vor
320 allem auch die Lebensqualität der Menschen, die hier wohnen,
321 spürbar sinken. Sie führt zu Politikverdrossenheit und sozialer
322 Verzweiflung. Wer an diesen Stellen spart, treibt die Menschen
323 in die Arme der AfD und anderer rechter Kräfte.

324 Wir stehen vielerorts an einem Scheideweg. Entweder wir set-
325 zen weiter auf Sparen und Verfall, um kurzfristig die Bilanzen zu
326 schönen – oder wir investieren in Städte und Gemeinden, die
327 für alle lebenswert und sozial gerecht sind. Wir wollen Zu-
328 kunftshaushalte, die Bildung, Soziales, Kultur und Ökologie pri-
329 orisieren und damit langfristig den Etat entlasten.

330

331 Wir werden uns einsetzen für:

332 • Investitionen mit Vorrang für Bildung, Kinder- und Ju-
333 gendhilfe, Gleichstellung, Kultur, Sport und Teilhabe
334 statt Kürzungen bei Pflichtaufgaben; Planbarkeit für Ju-
335 gendhilfe und soziale Projekte.

336 • Entschuldung statt Sparprogramme: Das Land Nieder-
337 sachsen muss die Kommunen finanziell entlasten, Auf-
338 gabenübertragung von Bund und Land auf die Kommu-
339 nen muss vollständig finanziert werden, und zwar dau-
340 erhaft.

- 341
- 342
- 343
- 344
- 345
- 346
- 347
- 348
- 349
- 350
- 351
- 352
- 353
- 354
- 355
- 356
- 357
- 358
- 359
- 360
- 361
- 362
- 363
- 364
- 365
- 366
- 367
- 368
- 369
- 370
- 371
- Boden, Daseinsvorsorge und Wohnungen in kommunaler Hand – statt Privatisierung und Verkauf an Investoren.
 - Steuergerechtigkeit für die Menschen, indem besonders wohlhabende Menschen und Unternehmen Verantwortung übernehmen und zur Finanzierung der Haushalte beitragen – denn sie profitieren auch am meisten von einer funktionierenden Infrastruktur;
 - Eine Prüfung aller kommunalen Möglichkeiten für die Staffelung von Steuern und (Sonder-)Abgaben, darunter die Staffelung der Grundsteuer auf Gewerbeflächen für Großunternehmen sowie der Grundsteuer auf Wohnimmobilien über 1 Mio. € und eine Leerstandsabgabe;
 - Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, wie es Die Linke bundesweit konsequent fordert: für den Landkreis wären das ca. 80 Mio. Euro, jedes Jahr!
 - eine an gute und tarifgebundene Arbeitsplätze gekoppelte Wirtschaftsförderung, Unterstützung von Genossenschaften und solidarischen Wirtschaftsmodellen, und Beratungsangebote für Betriebsübernahmen durch Beschäftigte;
 - Betriebe, die auf nachhaltige, gesellschaftlich notwendige Produktion umstellen – statt Abhängigkeit von Rüstungsindustrie oder Spekulation herzustellen;
 - Gründer:innenzentren für kollektive und gemeinwohlorientierte Projekte.
 - Transparenz und Mitbestimmung und öffentliche Beratungen aller finanzwirksamen Entscheidungen in Räten und Ausschüssen sowie einfache, verständliche Haushaltsberichte für Bürger:innen.

372 Linken wird in der Regel unterstellt, keinen Sinn für eine funkti-
373 onierende Wirtschaftspolitik zu haben. Die Realität zeigt jedoch,
374 dass die regierenden Parteien offensichtlich nicht in der Lage
375 sind, gesellschaftliche Umverteilung im Interesse der Mehrheit
376 zu organisieren. Sie machen Politik im Interesse weniger und
377 hinterlassen uns große Schuldenberge. Ein Haushalt, der nur
378 noch durch Kürzungen zusammengehalten wird, ist kein Haus-
379 halt mehr – er ist ein Notstand – und so fühlt sich das Leben
380 darunter dann auch an.

381 Wir treten dagegen für eine Finanz- und Wirtschaftspolitik ein,
382 die das Leben der arbeitenden Bevölkerung leichter macht –
383 sozusagen eine linke Standortpolitik für die Menschen. Dazu
384 gehören bezahlbarer Wohnraum, zuverlässiger Nahverkehr,
385 gute Kinderbetreuung und vieles mehr.

386

387 6. Sozialen Antifaschismus stärken

388

389 Städte und Gemeinden, die sich um die Menschen sorgen, müs-
 390 sen sich gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus po-
 391 sitionieren. Während einige spalten und hetzen, halten wir zu-
 392 sammen.

393 Die neuen Faschist*innen werden wir nur zurückdrängen, wenn
 394 wir zwei Wege gleichzeitig gehen:

395

396 • Erstens müssen wir die sozialen und grundlegenden Ur-
 397 sachen bekämpfen, die Menschen zu AfD und Co. trei-
 398 ben: Armut, soziale Unsicherheit, eine kaputte Verwal-
 399 tung, fehlende Ärzt*innen, Parteien und Politiker*innen,
 400 von denen sich die Menschen vergessen und verlassen
 401 fühlen. Antifaschismus heißt für uns auch antifaschisti-
 402 sche Finanz- und Wirtschaftspolitik: Kein Sozialabbau,
 403 sondern Investitionen: Vorrang für Bildung, Kinder- und
 404 Jugendhilfe, Gleichstellung, Kultur, Sport und Teilhabe.

405

406 • Zweitens wollen wir antifaschistische Bildung und anti-
 407 faschistisches Engagement stärken. Wir werden uns da-
 408 rum für die Einrichtung kommunaler Fördertöpfe ein-
 409 setzen, aus denen antifaschistische Bildungsprojekte
 410 zuverlässig Mittel beantragen können.

411

412 • Außerdem werden wir vorschlagen, den „Alexander Sel-
 413 chow-Preis“ für herausragendes antifaschistisches En-
 414 gagement einzuführen. Der Antifaschist Alexander Sel-
 415 chow wurde 1991 in Rosdorf von Neonazis ermordet.
 416 Erinnern heißt kämpfen!

417 7. Für eine solidarische Gesundheitsversorgung

418

419 Wir alle haben mehr Freude am Leben und können uns besser
 420 einbringen, wenn wir gesund sind. Und wenn wir krank werden,
 421 wollen wir uns auf eine zuverlässige, wohnortnahe Versorgung
 422 und Behandlung verlassen können. Hier gibt es viel zu tun.

423 Nicht nur, dass es mangels Einrichtungen schwer ist, einen Arzt-
 424 termin zu erhalten, die Wege sind zudem oft lang. Dabei ist eine
 425 wohnortnahe Versorgung für Jung und Alt unheimlich wichtig.
 426 Gerade für Eltern mit Kindern oder Rentner*innen bedeuten
 427 lange Wege eine zusätzliche Belastung. Soziale Ungleichheiten
 428 werden zusätzlich verstärkt.

429 Ein anderes Beispiel ist die Hilfe für psychisch Erkrankte. Ihre
 430 Zahl ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Die Be-
 431 schäftigten des Sozialpsychiatrischen Dienstes, die diesen Men-
 432 schen helfen, sind völlig überlastet, weil nötiges Personal von
 433 Stadt und Landkreis nicht eingestellt wird. Dabei wissen Be-
 434 troffene, dass es ohnehin schwer ist, Termine für therapeuti-
 435 sche und psychiatrische Hilfe zu bekommen.

436

437 Wir werden uns dafür einsetzen:

438 • dass im Sozialpsychiatrischen Dienst ausreichend Perso-
 439 nal eingestellt und die Angebote gestärkt werden, Er-
 440 krankte brauchen fachlich gute Hilfe;

441 • den Aufbau oder die Stärkung sorgender Sozialzentren,
 442 (inkl. kommunaler medizinischer Versorgungszentren in
 443 öffentlicher Trägerschaft) in der Fläche;

444 • dass es flächendeckende geburtshilfliche Versorgung
 445 gibt, statt weiterer Kreissaalschließungen;

446 • dass Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen rekommunalisiert und Rettungsdienste ausgebaut werden,
 447 insbesondere im ländlichen Raum;
 448

- 449
- 450
- 451
- 452
- 453
- 454
- 455
- 456
- 457
- 458
- 459
- 460
- 461
- dass Alternativen zur gewinngetriebenen Gesundheitsindustrie gefördert werden, wofür das Göttinger Gesundheitskollektiv ein Beispiel ist;
 - dass akzeptanzorientierte Drogenpolitik und Vorsorge ausgebaut wird;
 - dass mehr Personal in Kliniken und Pflegeeinrichtungen eingestellt wird und es höhere Löhne und Tarifbindung ambulant und stationär gibt; kommunale Programme für familienfreundliche Schichtmodelle und Betreuungsangebote; hochwertige Ausbildung mit mehr Anleitung und Lernzeiten.

462 8. Gute, zuverlässige und bezahlbare Kinderbetreuung

463

464 Als Eltern wünschen wir uns eine qualitativ gute, verlässliche
465 und bezahlbare Betreuung für unsere Kinder. Grundvorausset-
466 zung hierfür ist ein Arbeitsumfeld, in dem Fachkräfte fair be-
467 zahlt werden, gesund und sicher arbeiten und sich persönlich
468 und beruflich weiterentwickeln können. Finanziell gut ausge-
469 stattete Kitas, Ganztagschulen und Horte mit ausreichend Per-
470 sonal tragen dazu bei, sowohl die Qualität der Betreuung zu ge-
471 währleisten als auch die Attraktivität des Berufsfeldes zu erhö-
472 hen.

473 In der Realität finden Beschäftigte nämlich häufig ein Arbeits-
474 umfeld vor, dass durch Unterbesetzung, ein erhöhtes Arbeits-
475 pensum und eine hohe physische und psychische Belastung ge-
476 kennzeichnet ist.

477 Zugleich brauchen Eltern wohnortnahe und bezahlbare Betreu-
478 ungsplätze. Die derzeit im Landkreis erhobenen Gebühren sind
479 jedoch mit die höchsten in ganz Niedersachsen. Hinzu kommen
480 weitere Kosten für Verpflegung und die Inanspruchnahme von
481 Randzeitenbetreuung, um Familie und Beruf vereinbaren zu
482 können. Dies alles belastet Menschen mit geringen und mittlere-
483 ren Einkommen seit Jahren überdurchschnittlich und verfestigt
484 soziale Ungleichheit. Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein,
485 dass es perspektivisch eine kostenfreie Kinderbetreuung auch
486 für Kinder unter 3 Jahren gibt. Bis dahin sollte man Kita-Beiträge
487 bei sehr hohen Einkommen nicht deckeln, um wiederum Bür-
488 ger*innen mit geringen und mittleren Einkommen entlasten zu
489 können.

490

491 Wir werden dafür eintreten:

- 492 • dass es für alle Kinder in Kitas und Schulen ein kostenlo-
493 ses, gesundes Mittagessen gibt;

- 494
- 495
- 496
- 497
- 498
- 499
- 500
- 501
- 502
- 503
- 504
- 505
- 506
- 507
- 508
- 509
- 510
- 511
- 512
- 513
- 514
- 515
- 516
- 517
- 518
- 519
- dass die Randzeitenbetreuung ausgeweitet und Sondergebühren bei unteren Einkommensstufen abgeschafft werden, um allen Eltern eine bessere Organisation ihres Alltags zu ermöglichen. Dies darf jedoch nicht auf Kosten des Personals gehen und zu einer weiter steigenden Belastung führen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss auch für diejenigen gelten, die uns mit ihrer Arbeit den Rücken freihalten.
 - dass städtische Kitas mehr Personal erhalten und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Städtische Kitas müssen hier vorbildlich sein. Stipendienprogramme für angehende Erzieher*innen wollen wir ausbauen, um Unterbesetzung präventiv vorzubeugen;
 - dass die Angebote, mit denen die Kinder- und Jugendhilfe, die Schulen bei der Verwirklichung des Ganztags unterstützt, auskömmlich finanziert und verstetigt werden;
 - dass die Auseinandersetzung mit Kinderrechten sowie Ursachen und Wirkungen von Vorurteilen und Diskriminierung in städtischen Kindertageseinrichtungen zum pädagogischen Standard wird, damit unsere Kitas einen wertvollen Beitrag zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Integration unserer Kinder und zur Verwirklichung von Inklusion leisten können, z.B. durch das Konzept der „vorurteilsfreien Bildung & Erziehung“.

520 9. Für eine gute Bildung für alle – von Beginn an.

521

522 Gesellschaftliche Teilhabe beginnt in der Kita mit dem spieleri-
523 schen Erlernen sozialer und demokratischer Werte und setzt
524 sich in der Schule fort.

525 Als Linke wollen wir eine „Schule für alle“, bei der Herkunft
526 nicht über Zukunft entscheidet. Eine solche Gemeinschafts-
527 schule ist ganztägig organisiert. In ihr ist Schulsozialarbeit etabliert
528 und sie bietet alle Bildungsabschlüsse an. So können unsere
529 Kinder mindestens bis zum Ende der 10. Klasse gemeinsam
530 lernen und werden nicht wie heute bereits nach der vierten
531 Klasse auf ein gegliedertes Schulsystem aufgeteilt, in dem soziale
532 Ungleichheit und Bildungsungerechtigkeit fortgeschrieben
533 werden.

534 Die Realität sieht jedoch anders aus. Viele Schulen müssen die
535 strukturellen Probleme des Schulsystems bewältigen. Zugleich
536 müssen sie, neben der Verwirklichung des Anspruchs auf Ganztags-
537 betreuung und inklusiver Beschulung einen Umgang mit
538 bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen finden. So
539 gibt es derzeit mehr Schüler:innen mit Förderbedarfen und Auf-
540 fälligkeiten im sozial-emotionalen Verhalten sowie mehr Fälle
541 von Mobbing und Gewalt. Unterstützende Strukturen wie
542 Schulsozialarbeit und schulpsychologische Betreuung werden
543 jedoch durch die Landesregierung nicht in ausreichendem
544 Maße gewährleistet. Die Kommune kann wiederum die Schulen
545 in ihrer Funktion als Schulträger und durch Angebote der Kinder-
546 und Jugendhilfe unterstützen sowie Austauschprozesse
547 zwischen den beteiligten Akteuren initiieren und koordinieren.
548 Vielerorts bewältigen die Gesamtschulen derzeit einen erheblichen
549 Teil der Herausforderungen im Bildungssystem. Doch statt
550 diese zu stärken und die Gymnasien stärker in die Pflicht zu

551 nehmen, fördern die anderen Parteien oft die Rückkehr zum ge-
 552 gliederten Schulsystem. Der Druck auf die Gesamtschulen wird
 553 damit zwar reduziert, die Herausforderungen der Schulland-
 554 schaft aber nicht gelöst.

555

556 Wir werden uns dafür einsetzen:

- 557 • dass an den Schulen ausreichend Schulsozialarbei-
 558 ter*innen beschäftigt werden und Schulpsycholog*in-
 559 nen eng mit ihnen zusammenarbeiten. Hierfür stärken
 560 wir das Programm *Lernen in Schule & Alltag* (LiSA).
 561 Schulsozialarbeit soll an unseren Schulen gestärkt und
 562 die Bedarfe der Schulen gedeckt werden, was in etwa
 563 einer Vollzeitstelle pro 150 Schüler*innen entspricht;
- 564 • dass mehr Schulsozialpädagoge*innen und weitere pädä-
 565 gogische Fachkräfte Schüler*innen mit besonderen Be-
 566 darfen unterstützen;
- 567 • dass darüber hinaus ein verbindlicher, dauerhafter und
 568 gleichberechtigter struktureller Austauschprozess zwi-
 569 schen allen an Bildungsprozessen beteiligten Akteur*in-
 570 nen etabliert wird und Möglichkeiten der gemeinsamen
 571 Weiterbildungen geschaffen werden. Ein gemeinsames
 572 Verständnis entsteht durch verbindliche Kooperation,
 573 Zeit für Austausch und klare Strukturen;
- 574 • dass die Arbeitsbelastung von Lehrenden auch durch
 575 die Einstellung von mehr Schulassistent*innen verrin-
 576 gert wird, die Lehrkräfte bei der Vorbereitung und
 577 Durchführung des Unterrichts, aber auch bei Organisa-
 578 tions- und Verwaltungsangelegenheiten unterstützen;
- 579 • dass Inklusion in allen Bildungseinrichtungen verwirk-
 580 licht wird. Hierzu gehört auf Seiten der Stadt, barriere-
 581 freie inklusive und kindorientierte Räume und Ausstat-
 582 tung bereitzustellen;

- 583 • dass die Sprachförderung in Kitas und Schulen bedarfs-
584 gerecht ausgebaut wird, insbesondere an sozio-ökono-
585 misch benachteiligten und durch Zuwanderung gepräg-
586 ten Oren;
- 587 • dass unsere Grundschulen durch gute Räumlichkeiten
588 und Ausstattungen unterstützt werden;
- 589 • dass alle Schüler*innen ein kostenfreies, gesundes Mit-
590 tagessen erhalten;
- 591 • dass kostengünstige und wenn möglich kostenfreie Be-
592 treuungsangebote in Ferienzeiten wie Kinder- und Ju-
593 gendfreizeiten und Tagesbetreuung ausgebaut werden.
594

595 10. Jugend ernst nehmen und Räume schaffen

596

597 Unser Landkreis muss sich um unsere Jugend kümmern, um al-
598 len eine gute Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen.
599 Dafür werden wir nicht nur sorgen, indem wir uns zum Beispiel
600 für ein kostenloses Schulmittagessen einsetzen. Wir wollen
601 auch Orte für Jugendliche schaffen und erhalten, an denen sie
602 – ohne Verzehr- und Konsumzwang – eine gute Zeit verbringen
603 können. Es gibt kaum öffentliche Plätze, an denen Jugendliche
604 Zeit verbringen können, ohne etwas kaufen zu müssen. Es feh-
605 len zudem frei zugängliche Sportanlagen.

606 Wir wollen Jugendzentren erhalten und stärken. Anbieter für
607 Jugendarbeit erfahren unsere Anerkennung und Unterstützung,
608 weil junge Menschen dort ernstgenommen werden und lernen,
609 ihren eigenen Weg zu erkunden.

610

611 Wir setzen uns dafür ein:

- 612 • dass es keine Kürzungen kommunaler Gelder für die Ju-
613 gendarbeit und stattdessen einen perspektivischen Aus-
614 bau der Mittel gibt;
- 615 • dass Jugendzentren geschaffen, erhalten und gestärkt
616 werden;
- 617 • dass Jugendarbeit langfristige und sichere Finanzierung
618 erfährt, die den verschiedenen Projekten bessere Plan-
619 barkeit garantiert;
- 620 • dass es mehr öffentliche Orte gibt, an denen sich Ju-
621 gendliche (auch zusammen mit älteren Bürger*innen)
622 sportlich betätigen können, egal ob z.B. Basketballfelder
623 oder Parcourparks;
- 624 • dass es flächendeckende Freizeitangebote, unabhängig
625 vom Geldbeutel gibt;

626

627
628

- dass Jugendparlamente eigenes Antrags- und Stimmrecht in kommunalen Gremien bekommen.

629 11. Sportvereine stärken

630

631 Sport verbindet Menschen und schafft Gemeinschaft – gerade
 632 für Kinder und Jugendliche. Menschen in Sportvereinen leisten
 633 tagtäglich unverzichtbare ehrenamtliche Arbeit: als Trainerin
 634 auf dem Rasenplatz, als Vereinsvorstand, als ehrenamtliche
 635 Helferin beim Spieltag. Ohne dieses Engagement wäre unser
 636 Landkreis ärmer. Damit Vereine das leisten können, brauchen
 637 sie verlässliche Bedingungen: beispielbare Plätze, offene Hallen,
 638 ausreichend Personal vor Ort. Und sie sind auf ausreichende
 639 kommunale Finanzierung angewiesen.

640 Die Konsequenzen mangelnder Unterstützung erleben Vereine
 641 im Alltag: Platzwarte fehlen, Trainingszeiten fallen aus, Spiel-
 642 tage können nicht wie geplant stattfinden. Das ist kein Versa-
 643 gen einzelner, sondern Folge jahrelanger Unterfinanzierung,
 644 die beendet werden muss.

645

646 Wir werden uns dafür einsetzen,

647 • dass Sportstätten, Bäder und Hallen finanziell so ausge-
 648 stattet werden, dass sie für alle offen bleiben und nicht
 649 durch steigende Eintrittspreise zum Luxus werden.

650 • dass genug Platzwarte eingestellt und verlässlich einge-
 651 plant werden, sodass Vereine die Sportplätze für Trai-
 652 ning und Spieltage sicher nutzen können – ohne kurz-
 653 fristige Ausfälle und ohne, dass Vereine gegeneinander
 654 ausgespielt werden.

655 • dass langfristig mehr Sportstätten gebaut werden, da-
 656 mit die Vereine nicht um die wenigen kurzfristig verfüg-
 657 baren Trainingszeiten konkurrieren müssen.

658 • dass die Schwimmbäder erhalten und wo notwendig sa-
 659 niert werden, und es ausreichend Möglichkeiten für alle
 660 Kinder gibt, frühzeitig das Schwimmen zu erlernen.

- 661
- 662
- 663
- 664
- 665
- 666
- 667
- 668
- 669
- 670
- 671
- 672
- 673
- 674
- 675
- dass gemeinnützige Sportvereine bei der Vergabe von Sportstätten Vorrang vor kommerziellen Anbietern haben. Öffentliche Anlagen wurden mit öffentlichen Mitteln gebaut – sie gehören zuallererst dem Vereinssport.
 - dass frei zugängliche Sportmöglichkeiten in Städten und Gemeinden ausgebaut werden – ob Basketballfelder oder Skateparks. Wer keinem Verein angehört, soll trotzdem Sport treiben können.
 - dass Sport als Gesundheitsprävention stärker gefördert wird – durch Kooperationen zwischen Vereinen, Krankenkassen und sozialen Einrichtungen, damit auch Menschen mit geringem Einkommen, Rentner*innen und Menschen mit Behinderungen aktiv am Vereinsleben teilhaben können.

676 12. Für eine demokratische Kulturförderung

677

678 Zu einem guten Leben gehört auch kulturelle Teilhabe – also die
679 Möglichkeit, sich an Tanz, Musik, Theater, Film oder Kunst zu
680 erfreuen oder sich diese Bereiche selbst mitzugestalten.

681 Aber Kultur ist noch viel mehr. Kulturarbeit ist ein zentraler Be-
682 standteil einer demokratischen Gesellschaft, weil sie Räume für
683 Austausch, kritisches Denken und gesellschaftliche Debatten
684 öffnet. Gerade in Zeiten, in denen demokratische Werte und
685 eine offene Gesellschaft unter Druck stehen, kommt Kunst und
686 Kultur eine besondere Bedeutung zu. Die Stärkung von Kultur-
687 arbeit gehört für uns deshalb unverbrüchlich zum Kampf für
688 Vielfalt, gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von
689 Faschismus. Besonders wichtig sind uns deshalb Angebote für
690 Kinder und Jugendliche und eine Kulturarbeit mit demokrati-
691 scher und antifaschistischer Zielsetzung.

692 Wir wollen für die nötige Wertschätzung für die vielen Kultur-
693 schaffenden sorgen, die unser Leben bereichern und zugleich
694 oft unter unsicheren Bedingungen und für wenig Geld Kultur
695 schaffen.

696

697 Wir werden uns dafür einsetzen:

- 698 • dass eine langfristige Vision für die Kulturarbeit im Land-
699 kreis, in den Städten und Gemeinden entwickelt wird,
700 dazu gehört auch, die Budgets für Kulturförderung zu si-
701 chern und perspektivisch zu erhöhen, nötig sind mehr-
702 jährige Förderprogramme für Kulturinitiativen;
- 703 • dass die freie Kulturszene strukturell gestärkt wird,
704 etwa indem bezahlbare Ateliers, Proberäume und Kul-
705 turorte geschaffen werden und leerstehende Gebäude
706 für kulturelle Nutzung öffnen;
- 707 • dass soziokulturelle Zentren stärker gefördert werden;

- 708
- 709
- 710
- 711
- 712
- 713
- 714
- 715
- 716
- 717
- 718
- 719
- dass Kulturangebote für alle Menschen – bspw. Über den Kulturpass für Menschen mit niedrigen Einkommen – zugänglich gemacht und kulturelle Bildung mit antifaschistischer und demokratischer Zielsetzung für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden;
 - dass kommunale Einrichtungen für die ganze Stadtgesellschaft geöffnet und damit nicht nur profitorientierten Veranstaltern überlassen werden;
 - dass Kulturschaffende stärker an Entscheidungen beteiligt werden und künstlerische Arbeit fair bezahlt werden kann.

720 13. Feministische Politik in der Fläche

721

722 Frauen* und LGBTQIAs sind in unserer Gesellschaft immer noch
723 benachteiligt, viel zu häufig machen sie Gewalterfahrungen.
724 Abwertung, Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen ist alltäg-
725 lich. Wir setzen uns für eine feministische Planung von Städten
726 und Gemeinden ein, die sich an den Bedürfnissen benachteilig-
727 ter Bevölkerungsgruppen orientiert.

728 Einrichtungen wie zum Beispiel Frauenhäuser und Frauen-Not-
729 rufe, oder verschiedene Beratungsangebote für Frauen und
730 queere Menschen möchten wir stärken.

731

732 Wir wollen uns unter anderem dafür einsetzen:

733 • dass die Beratungs- und Hilfsangebote für Frauen und
734 queere Menschen zuverlässig finanziert werden und
735 Planungssicherheit bekommen;

736 • dass Beratung zu Unterhalt, Sorgerecht, Sozialleistungen
737 und Wohnen gebündelt und leicht erreichbar sein
738 muss;

739 • dass öffentliche Räume sicher sind: gute Beleuchtung,
740 soziale Präsenz, barrierefreie Planung;

741 • dass Gehälter in städtischen Einrichtungen transparent
742 gemacht werden; flexible Arbeitszeiten und -orte geför-
743 dert werden, damit Beruf und Fürsorge vereinbar sind;

744 • dass pflegende Angehörige Beratung und Entlastungs-
745 angebote wohnortnah bekommen und nicht erst, wenn
746 es nicht mehr geht;

747 • dass Vergabe von städtischen Wohnungen an Alleiner-
748 ziehende Priorität hat; Housing-First-Projekte insbeson-
749 dere für wohnungslose FLINTA aufgelegt werden;

750 • dass Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität

- 751 oder sexueller Orientierung – in Behörden, auf dem
752 Wohnungsmarkt, in der Gesundheitsversorgung – aktiv
753 verfolgt und geahndet wird;
- 754 • dass öffentliche Räume, Parks, Sanitäreanlagen und
755 Spielplätze für alle nutzbar sind;
 - 756 • dass Sitzungen kommunaler Parlamente zu familien-
757 freundlichen Zeiten stattfinden und Kinderbetreuung
758 während der Sitzungen selbstverständlich ist;
 - 759 • dass ehrenamtliches Engagement auch für Alleinerzie-
760 hende, Menschen in Teilzeit und ältere Frauen realis-
761 tisch möglich ist.
- 762

763 14. Abschiebungen verhindern, Ankommen und Teil- 764 habe fördern

765

766 Zuwanderung ist etwas Gutes. Wir wollen dafür sorgen, dass sie
767 noch besser gelingen kann. Wichtig ist zum Beispiel eine sozial
768 faire Verteilung von Kindern, für die Deutsch nicht die Mutter-
769 sprache ist. Je mehr Kinder in einer Klasse sind, für die Deutsch
770 eine Fremdsprache ist, desto schwerer machen wir es ihnen,
771 die Sprache zu lernen. Und alle, die zugewandert sind, müssen
772 einen Deutschkurs besuchen können. Wir brauchen genügend
773 Sprachlernklassen und Kursangebote für Erwachsene. Damit
774 wir Menschen, die bei uns Schutz suchen, das Ankommen er-
775 leichtern, wollen wir Einrichtungen wie das Migrationszentrum
776 Göttingen unterstützen. Das Jobcenter muss allen hier leben-
777 den Menschen helfen, eine Erwerbsarbeit zu finden. Arbeit ist
778 ein wichtiger Schritt bei der Ankunft und bei uns eine neue Hei-
779 mat zu finden.

780

781 Wir werden uns dafür einsetzen:

782

- 783 • Abschiebungen zu verhindern;
- 784 • eine Willkommens- und Unterstützungskultur in kom-
785 munalen Behörden zu etablieren, auch durch Fort- und
786 Weiterbildungen für Mitarbeiter*innen;
- 787 • dass Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für geflüch-
788 tete Kinder und Jugendliche gestärkt werden;
- 789 • dass das Migrationszentrum für Stadt und Landkreis
790 Göttingen und Angebote wie die AWO-Migrationsbera-
791 tung gesichert und ausgebaut werden;
- 792 • dass ausreichend Sprachlernklassen und Sprachkurse
793 kostenlos, flexibel und mit Kinderbetreuung angeboten
794 werden – als Grundlage für Teilhabe, nicht als bürokrati-
sche Pflicht;

795
796

- dass ein schnellerer Zugang zu Arbeit, Bildung, Sprachförderung sichergestellt wird.

797 15. Inklusive Städte und Gemeinden

798

799 Ein Landkreis, der sich um alle sorgt und niemanden zurücklässt,
800 muss auch aus dem Blickwinkel von Menschen mit Benachteiligungen
801 gedacht werden. In der Planung von Städten und Gemeinden
802 muss Barrierefreiheit genauso selbstverständlich werden,
803 wie bei Gebäuden und im Verkehr.

804 Dazu gehört auch, dass Bürgersteige und Wege an vielen Stellen
805 zu eng sind, was z.B. für Rollstuhlfahrer*innen ein Problem
806 ist. Außerdem sind Bordsteine häufig nicht abgesenkt.

807 Wir möchten außerdem die Beschäftigten von Werkstätten für
808 Menschen mit Behinderungen in ihrer Forderung nach mehr
809 Mitbestimmung unterstützen.

810

811 Wir fordern ein:

812 • barrierefreie Zugänge zu Bildung, Kultur, Politik, Nahverkehr
813 und öffentlichem Raum;

814 • mehr bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum;

815 • Barrierefreiheit im ÖPNV garantieren: abgesenkte Bordsteine,
816 taktile Leitsysteme, rutschfeste Beläge und breite Gehwege.

817 • Stärkung der Inklusionsbeiräte und der politischen Mitbestimmung.

818

819

820

821 Für die Entwicklung unseres Landkreises zusammen
822 mit und für die Bürger*innen

823

824 Wir wollen Initiativen und gute Ideen aus der Bevölkerung auf-
825 greifen und unterstützen, wenn sie das Gemeinwohl stärken.
826 Ein gutes Beispiel ist die Initiative für ein Soziales Zentrum in
827 Göttingen. Das Soziale Zentrum wäre ein Ort, an dem Men-
828 schen medizinisch und therapeutisch versorgt werden können,
829 an dem sie Sozialberatungen erhalten, wo kostenlose Kinder-
830 und Jugendangebote gemacht würden und Menschen sich tref-
831 fen und eine gute Zeit zusammen haben könnten. Das Soziale
832 Zentrum wäre selbstorganisiert und eng mit der Nachbarschaft
833 verbunden.

834 Wir wollen zudem die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Be-
835 völkerung in kommunalen Angelegenheiten stärken. Hierzu ge-
836 hört für uns die Einführung von Bürger*innenräten, die Stär-
837 kung von Jugendparlamenten, Senior*innen- und Inklusions-
838 beiräten – und eben auch die Anhörung und Beteiligung kom-
839 munaler Beschäftigter.

840 Zu einem funktionierenden Alltag gehört aber auch, dass sich
841 Menschen keine Sorgen machen müssen. Das Leben muss be-
842 zahlbar sein. Ob Wohnung, Mobilität, Kita, Bildung, Gesundheit
843 oder Kultur – Herkunft entscheidet nach wie vor über Möglich-
844 keiten und Zugänge, über politische und soziale Teilhabe.

845 Wir wollen das ändern. An vielen Orten helfen Ehrenamtliche
846 engagiert aus, weil der Staat sich aus der Verantwortung gezo-
847 gen hat. Aufgabe kommunaler Politik ist es, diese Ehrenamtli-
848 chen zu unterstützen und durch eigene Übernahme von Ver-
849 antwortung dieses Engagement überflüssig zu machen und ei-
850 nen Beitrag dazu zu leisten, allen Menschen einen Zugang zu
851 einem guten Leben zu ermöglichen.

852

853 **Gerne kommen wir zu den Vorschlägen unseres Programms**
854 **mit euch ins Gespräch. Wir haben eine Welt zu gewinnen, und**
855 **am 13. September unsere Städte und Gemeinden, unser Zu-**
856 **hause. Dafür lohnt es sich, zu kämpfen.**
857
858